

Kölner Beratungsbüro für Inklusion

Anlaufstelle für Kinder und Eltern

Obwohl Kinder mit Behinderung nach der UN-Behindertenrechtskonvention Anrecht auf gemeinsamen Unterricht in der Regelschule haben, bleibt ihnen der Zugang noch oft verwehrt.

Die Schulämter können gegen den Willen der Kinder und Eltern die Beschulung in der Förderschule anweisen, wenn zum Beispiel die sonderpädagogische Förderung an der Regelschule fehlt.

In der neuen Beratungsstelle Inklusion in Köln können sich Betroffene beraten lassen, wenn sie ihr Recht auf inklusive Bildung dennoch durchsetzen wollen. Ende April eröffnete der Elternverein „mittendrin e. V.“ das Büro in der Luxemburger Straße 189 – in unmittelbarer Nachbarschaft zur SoVD-Bezirksgeschäftsstelle.

„Nach mehr als sechs Jahren Lobby-, Informations- und Beratungsarbeit für inklusive Bildung haben wir nun endlich eigene Räume“, freute sich Eva-Maria Thoms, Vorsitzende des Elternvereins. In dem Ladenlokal wird nun Beratung für Eltern angeboten, die ihr Kind trotz Behinderung an einer allgemeinen Schule lernen lassen möchten. Ebenso sind die Schüler selbst und ihre Lehrer willkommen, um Fragen zum Lernen und zu Unterstützungen zu besprechen.

Auch Veranstaltungen und Fortbildungen zur Inklusion soll es geben. Spenden und Fördermittel finanzieren das Büro.



mittendrin e. V., Luxemburger Straße 189, 50939 Köln, Tel.: 0221/3377630. Die Beratung ist kostenlos. Sie findet dienstags von 15 bis 18 Uhr und donnerstags von 10 bis 13 Uhr statt.

Umsetzung der inklusiven Schule

NRW ist Schlusslicht

Im bevölkerungsreichsten Bundesland kommt das gemeinsame Lernen von behinderten und nicht behinderten Kindern nur langsam voran. Das geht aus einer Studie von Bildungsökonom Prof. Klaus Klemm im Auftrag der Bertelsmann Stiftung hervor.

19,2 Prozent der Kinder mit Förderbedarf besuchen in Nordrhein-Westfalen die Regelschule. Nur in Hessen und Niedersachsen ist der Inklusionsanteil noch geringer. Im Bundesdurchschnitt geht jedes vierte Kind mit Förderbedarf auf eine reguläre Schule.

„Kinder mit Behinderung müssen zwar nicht länger automatisch auf eine getrennte Förderschule gehen“, erklärte Jörg Dräger, Vorstand der Bertelsmann Stiftung. Dennoch führte dies in NRW nicht zum Rückgang des Schüleranteils an Sonderschulen. Im März 2009, als die UN-Konvention in Kraft trat, besuchten 5,2 Prozent aller nordrhein-westfälischen Schüler eine separate Förderschule. Vier Jahre später ist der Anteil mit 5,3 Prozent fast unverändert.

Ein Stufenvergleich zeigte: Je älter die Kinder sind, desto kleiner ist ihre Chance auf gemeinsames Lernen. Vor der Einschulung gehen in NRW fast 71 Prozent der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf in eine inklusive Einrichtung. Das sind etwas mehr als bundesweit (67 Prozent). In der Grundschule kehrt sich das Verhältnis um: Nur noch gut 36 Prozent der Förderschüler besuchen einen gemeinsamen Unterricht, bundesweit immerhin knapp 40. In der Sekundarstufe I bleibt NRW mit 14,5 Prozent weit unter dem Bundesdurchschnitt (22 Prozent).

Auch seien zusätzliche Investitionen nötig: Professor Klemm berechnete, dass – selbst wenn die Mittel der Sonderschulen zu den Regelschulen umgeschichtet würden – NRW jährlich über 95 Millionen Euro für 1339 weitere Lehrkräfte brauche, um inklusiven Unterricht in angemessener Qualität anzubieten. Dräger unterstrich: „Inklusion ist richtig und wichtig, aber die Schulen brauchen Unterstützung und vor allem genügend gut ausgebildetes Personal.“



Foto: Eléonore H/fotolia

Auf gemeinsames Lernen warten Kinder in NRW noch.

Ambulante Pflegedienste protestieren

Pflege braucht mehr Geld

In ganz Nordrhein-Westfalen sind derzeit Autos von Pflegediensten zu sehen, die mit einer Fahne am Seitenfenster mit dem Aufdruck „Hilfe! Mehr Zeit für Pflege!“ gegen ihre Arbeitsbedingungen protestieren. Rund 930 ambulante Dienste der freien Wohlfahrtspflege schlossen sich dem Protest an. Sie fordern von den Krankenkassen eine bessere Vergütung für ihre Leistungen.

Schon mit über 60 Aktionen machten die ambulanten Pflegedienste auf ihre Situation aufmerksam: vom Autokorso über Demonstrationen bis zu Infoveranstaltungen. „Die breite Resonanz zeigt, unter welchem enormen Druck die Pflegedienste die Menschen in unserem Land versorgen“, so Hermann Zaum, Vorsitzender der Freien Wohlfahrtspflege NRW.

Die Wohlfahrtsverbände fordern eine viel höhere Vergütung von Leistungen der häuslichen Pflege durch die Krankenkassen. Das sei dringend nötig, um den Pflegekräften die Zeit für eine würdevolle Pflege der Patienten zu geben. Zaum erklärte: „Die häusliche Krankenpflege macht seit Jahren konstant zwei Prozent an den gesamten Ausgaben der gesetzlichen Kran-



Foto: Caritas/cpd/Leskovsek

Landesweit protestieren Mitarbeitende der ambulanten Pflegedienste gegen die zunehmende Arbeitsverdichtung. Sie führe dazu, dass Patienten nur noch im Akkord versorgt werden können.

kenkassen aus. Die Kassen können die Pflegeleistungen deutlich besser vergüten, ohne dass das spürbare Auswirkungen auf die Beiträge der Versicherten hätte.“

Zaum wies auf die hohe Arbeitsverdichtung hin. Auf einer vierstündigen Tour müssten oft 16 Menschen versorgt werden. Vor zehn Jahren seien es noch zwei bis drei weniger gewesen.

Veranstaltung des Kreisverbandes Essen

Über Barrieren vor Ort diskutiert

Essen legte als eine der ersten Kommunen in NRW einen Inklusionsplan vor. Damit will die Stadt die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention voranbringen. Das war Anlass für den SoVD Essen, um den Stand der Inklusion vor Ort öffentlich zu diskutieren: Der Kreisverband lud ins „Haus der Begegnung“ Vertreter der Stadt Essen und der Ratsfraktionen ein.

„Menschen mit Behinderung stoßen im öffentlichen Raum immer noch auf viele Hürden und Hindernisse – egal, ob es um den Einkauf um die Ecke, den Besuch der Schule, die Fahrt im öffentlichen Personennahverkehr oder den Termin beim Arzt geht“, sagte Kreisvorsitzende Renate Falk. „Es ist nicht so, dass Türen extra schmal gesetzt und Treppen gebaut werden, damit Rollstuhlfahrer und Benutzer von Rollatoren nicht durchkommen können. Doch die Unwissenheit und die Barrieren in den Köpfen führen im Alltag oft zur Ausgrenzung.“

Mit der Veranstaltung wolle der SoVD die Politik für die Belange Behinderter sensibilisieren und aufzeigen, dass auch die Kommunen verpflichtet sind, die UN-Konvention umzusetzen: Sie müssen Zugangshindernisse in Transport, öffentlichen Gebäuden, Kommunikation und Schulen beseitigen.

Den Nachholbedarf zeigte ein Vortrag von Stefan Koch, Referent für Sozialpolitik beim Landesverband. Die Kommunen könnten sich nicht auf eine Bringschuld von Bund und Land zurückziehen. Koch stellte klar: „Die Stadt Essen



V.l.: Moderator Heinz Böcker, Janina Herff (Die Linke), Karl-Heinz Endruschat (SPD), Christine Müller-Hechtfellner (Bündnis 90/Die Grünen) und Jutta Eckenbach (CDU).

ist von sich aus gefordert, aktiv zu werden.“ Der SoVD begrüßte den Inklusionsplan als ersten Schritt. Doch er reiche nicht. Man müsse klären, was Teilhabe und Selbstbestimmung konkret verhindere, und dann klar formulieren, wie und wann die Barrieren abgebaut würden.

Sozialdezernent Peter Renzel sagte, Essen setze auf eine Politik der Vielfalt. Es sei angekommen, dass Inklusion nicht auf Bildung begrenzt sei. Der Plan enthalte auch den Abbau von Barrieren im Verkehr oder neue Arbeitsplätze für Behinderte in der Verwaltung. „Wir sind weit,

auch wenn wir das Ende der Fahnenstange noch lange nicht erreicht haben“, so Renzel.

Moderiert von Heinz Böcker vom SoVD-Kreisvorstand diskutierten die Ratsmitglieder Karl-Heinz Endruschat (SPD), Jutta Eckenbach (CDU), Christine Müller-Hechtfellner (Bündnis 90/Grüne) und Janina Herff (Die Linke), was sich konkret ändern müsse. Einig waren alle, dass die Menschen mit Behinderung aktiv in den Prozess einzubeziehen seien.

Unter den ca. 60 Gästen waren auch Gehörlose, die mithilfe von Dolmetschern mitdebattierten.